


Ludwig Christoph Langermann und Erlencamp von

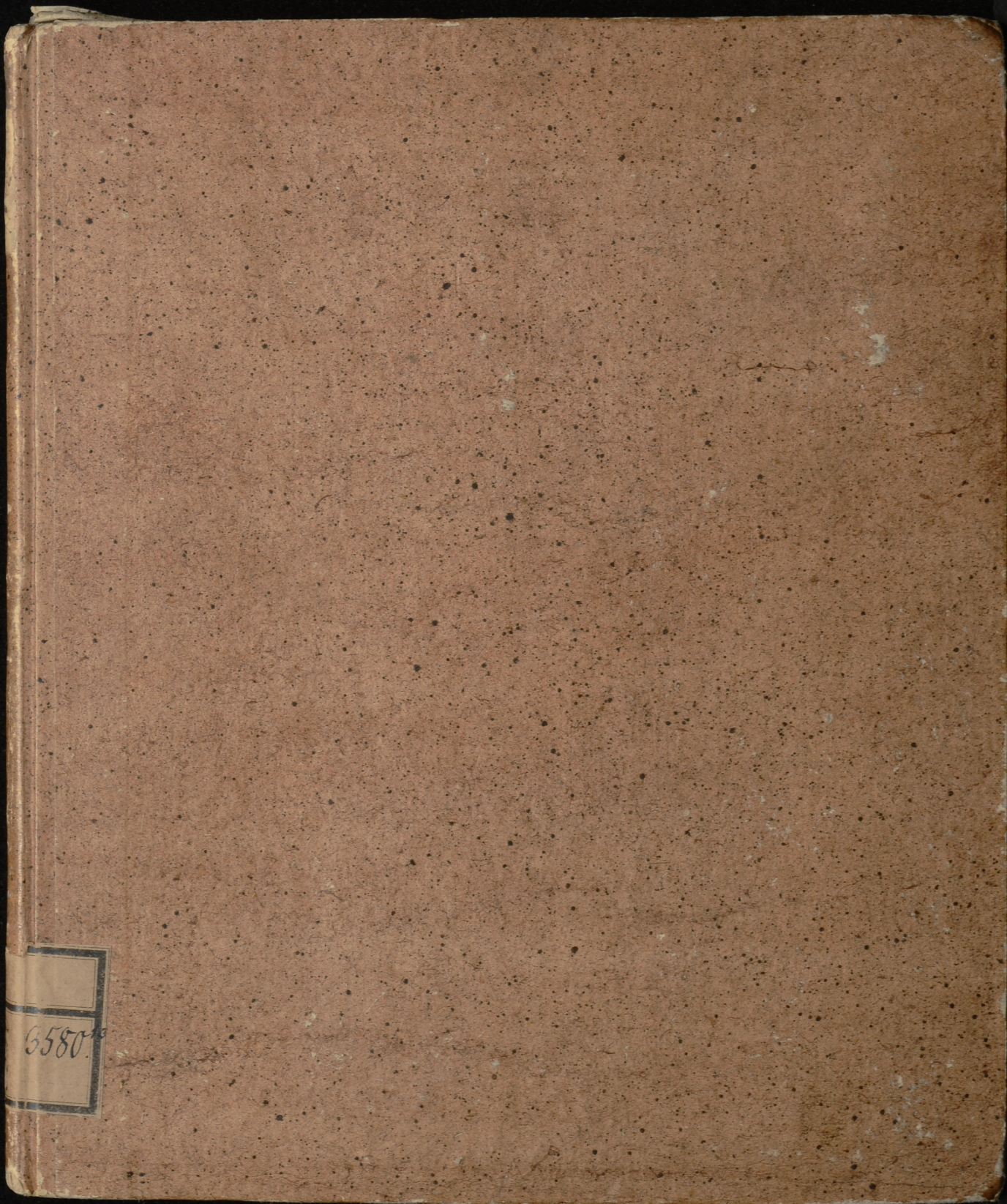
Herzogliches Rescript an den Engeren Ausschus der Ritterschaft, in Betref eines vermeintlichen IndigenatRechtes : mit Anmerkungen von einem eingehochnen, nicht recipirten Eingesessenen der Mecklenburgischen Ritterschaft

Schwerin: Gedruckt und zu haben bey Wilhelm Bärensprung, 1794

<http://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn861990641>

Druck Freier  Zugang





6580

1. v. Hahn über die Kraft.
2. Göttinger Abhandl. v. s.
3. Götting. referat v. s.

Mk-3580^{1-3.}

~~1157~~^{1-3.}

Herzogliches Rescript

an den

Engeren Ausschus der Ritterschaft,

in Betref

eines vermeintlichen IndigenatRechtes,

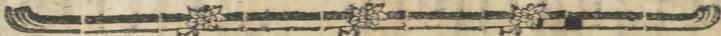
mit Anmerkungen

von einem eingebohrnen, nicht recipirten Eingefessenen

der Mecklenburgischen Ritterschaft.

Schwerin, 1794.

Gedruckt und zu haben bey Wilhelm Bärensprung, Herzogl. Hofbuchdrucker.


Herzogliches Rescript
an den Engeren Ausschus der Ritterschaft,
im Betref eines vermeintlichen IndigenatRechtes,
mit Anmerkungen von einem eingebornen, nicht recipirten Eingeseffenen der
Mecklenburgischen Ritterschaft.

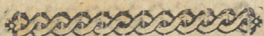
Man sehe hievon das 4. Stück der Monatsschrift von und für Mecklenburg 1789.)

Friedrich Franz, von Gottes Gnaden, Herzog zu Mecklenburg ꝛ.
Unsere gnädigsten Grus zuvor! Edle und Beste, liebe Getreue!

Wir hätten wohl erwarten mögen, daß ihr Unser wegen des sogenannten Indigenats an euch erlassenes Rescript a), genauer befolgt und, statt der weitschweifigen Umhüllung eurer Vorträge, durch pünctliche Befolgung dessen, was Wir von euch landesherrlich gefordert haben, Uns in den Stand gesetzt hättet, die angeblich im Lande bestehende Societät, für welche ihr euch zu sprechen anmaaßet, von Grund aus zu kennen. Wir vermissen in euren Exhibitis, und in der Abhandlung b), welche

a) Vom 7. März. 1789. (Monatsschrift von und für Meckl. April 1789; S. 317 — 328.)

b) „Ueber die Rechte des eingebornen und recipirten Adels in Mecklenburg, und deren Verhältnis zur Landeshoheit. Ein Vortrag auf dem Landtage zu Stern“



welche ihr überreicht und mit ausdrücklichen Worten euch ganz zu eigen gemacht habet, gänzlich die Vorlegung der euch gemachten Regeln der Gesellschaft, selbst die Benennung ihrer Mitglieder, und eben so, einen gehörig bestätigten Bericht über die Gründe ihres Bestands und der damit verbundenen Annahmen.

Es gereicht Uns dahingegen zu gnädigstem Wohlgefallen, aus eurer Eingabe zu sehen, daß ihr mit allen übrigen bisher so genannten Indigenis von den Behauptungen eines ordentlichen Indigenats, dessen anscheinende allmähliche Einschleichung in Unsern Landen Uns so befremdend war, insbesondere eines so sonderbaren Indigenats, welches nicht zwischen Ein- und Ausländern, sondern unter Unsern eigenen wirklichen Landsassen einen differenten Status machen sollte, jetzt gänzlich zurück getreten seyd. Ihr habet euch also dessen gebührend beschieden: daß dergleichen eigenmächtige Einführung, selbst unter ausdrücklicher oder stillschweigender Zustimmung aller so genannten Nonindigenarum im Lande, ohne landesherrliche Auctorität ganz ungedenkbar ist, und daß alles, was zu dessen allmählicher Einschleichung, ohne Unser Vorwissen und Bewilligung bei jedem Punkte, in jüngeren Zeiten etwa vorgegangen seyn mag, schlechterdings nichtig seyn muß, und nie zur Consequenz gezogen werden kann, weder gegen Uns, noch gegen diejenigen, welche dadurch haben herabgewürdigt werden sollen, und gegen die künftigen GüterBesitzer in Unsern Landen.

Es versteht sich von selbst: daß Uns ihr in derjenigen Abhandlung, welche ihr euch zu eigen gemacht habet, nicht mit bloßen Wortspielen und Sophistereien werdet haben unter Augen treten wollen. Wir sind gar und ganz entfernt, solches nur zu argwöhnen; Und also nehmen Wir aus derselben die deutlichen oft wiederholten Erklärungen:

„daß in Mecklenburg kein Ius Indigenatus statutum sey, noch von euch behauptet werde; daß kein Mensch befugt sey, irgend einen der von Uns berufenen Landstände von den Landtagen auszuschließen;

daß ihr nur gewisse einzelne Rechte, jedes für sich hergebracht und erhalten, für eine gewisse Gesellschaft prätendiret;

daß dies keine andere und mehrere Rechte wären, als:

a) es müßten die Landräthe, Deputirte zum EngernAuschuß, KlosterProvisoren und KlosterHauptleute von Unserer Ritterschaft lediglich allein aus dem Numero der Mitglieder solcher Gesellschaft gewählt und genommen werden;

b) Es hätte diese Gesellschaft allein ein Recht auf den Genuß der KlosterStellen für die ihrigen; und

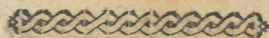
c) sie sey befugt, sich durch neue Mitglieder zu vermehren;

daß die Worte Indigenat und Eingeborne nicht das bedeuten sollen, was man sonst im statistischen und natürlichen Sinn darunter versteht, sondern daß sie nur in jüngeren

A 2

Ze

Sternberg 1789, von A. A. W. von Slotow auf Wildkahl; Mit Anmerkungen von einem Eingebornen im Lande der Wahrheit.“ (Schwerin, bey Wärensprung, 1790, 10 B. 4.)



Zeiten, der Kürze im Ausdruck wegen, von euch gebraucht würden, um den Besitz vorgedachter einzelnen Rechte einer Gesellschaft, und die Mitglieder derselben, zu bezeichnen;

daß die Reception neuer Mitglieder nicht IndigenatsVerleihung und Anmaassung eines FürstenRechts, sondern bloße Aufnahme in die Gemeinschaft an genannten Rechten sey, so wie jede Societät recipire“ c)

hiermit in Gnaden an, und es soll dabey sein unabänderliches Verbleiben haben und behalten.

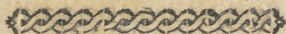
Es bestehet also überall in Unsern Landen kein Indigenat; Und, wie die Sache ein Umding ist, so wollen Wir auch hinfüro von dem Gebrauch des Worts für etwas anderes, so geständig kein Indigenat ist, nicht weiter wissen, sondern es soll dieser Name hiemit gänzlich und auf immer abgethan seyn. Dazu müssen Wir Uns, wie ihr von selbst einsehen werdet, darum ganz nothwendig landesherrlich entschließen, weil sonst den landverderblichen Mißbräuchen, wozu die Anwendung dieses Worts Gelegenheit giebt, und wodurch, wie Wir nun gewahr werden, schon bis jetzt so manches zu Einschleichung eines solchen Dings, zu Veränderung der grundgesetzlichen Verfassung, und zu Unterdrückung des grösseren Theils Unserer Landstände aus der Ritterschaft d), unregelmäßiger Weise unternommen war, nicht kräftig genug vorgekommen werden kann.

Wie Wir also nun hiedurch ein für allemal alles dasjenige, was etwa seit Anfang dieses Seculi, zu Einführung eines sonst unerhörten IndigenatRechtes unter den Landständen selbst, also zu einer Zerstörung der LandesGrundgesetzlichen Gleichheit derselben an Rechten, Vorzügen und Freiheiten, abzielendes, hinter Unser und Unserer Vorfahren Wissen und Genehmigung, behauptet, beschlossen oder ausgeführt seyn mag, als Gesetz und Verfassungswidrig, Landeshoheitsverächtl. und sträflich, hiedurch gänzlich und auf immer vernichten, aufheben und cassiren; So gebieten und befehlen Wir euch aus
Landes

c) Von Slotow a. a. O. S. 20, 21, 22, 23, 37 ff.

d) Der MecklenburgSchwerinsche StaatsKalender 1793. zählt (im II. Theil S. 132, 133.) in der Recapitulation gesammter Ritterschaftlichen HauptGüter, Schwerinschen Anttheils und deren Besitzer: 115 nicht recipirte Adliche und 105 nicht adliche Guts Herren } 223; aber eingebohrne und recipirte von Adel nur 174; folglich 49 weniger. Gene beide Classen landtagsfähiger Eingeseffenen bilden also, wenn alle vollzählig erscheinen, unstreitig die Stimmenmehrheit. Auch die Zahl der HauptGüter (ebendasselbst) ist eben so getheilt, daß den nicht recipirten Adlichen 173 } 320; den eingebohrnen oder recipirten nicht adlichen 147 }

ten vom Adel 306, gehören, mithin auf dieser Seite eine Minorität von 14 erscheint.



landesherrlichster Macht und Pflicht e) hiedurch ernstlich, und bei Vermeidung Unserer höchsten Ungnade und des nachdrücklichsten Einsehens: daß weder ihr, als Engerer Ausschuß Unserer Ritterschaft, noch die angebliche Societät, in deren Namen ihr euch zu reden anmaasset, sich unterstehen solle, ein Mecklenburgisches Indigenat je wieder zu behaupten, oder dieses Wort in den schriftlichen Verhandlungen an Uns, oder auf Landtagen und in andern landständischen Zusammenkünften, vorzüglich aber auch unter euch in den Conferenzen der präsumtiven Societät, bei so genannten Receptionen und Ausfertigungen der Aufnahmezeugnisse und Quittungen für die dafür genommenen Gelder, oder sonst auf irgend eine bedeutende Weise, zu gebrauchen, um die vorgeblichen einzelnen Rechte der vermeinten Societät, oder sonst etwas, damit zu bezeichnen. Ihr könnet und sollet, wenn und in so ferne sich eure Societät und deren Rechte demnächst rechtfertigen, und in so weit ein Bestand derselben noch denkbar bleiben mögte, worüber Wir nachher reden werden, zu Benennung der Mitglieder und der Rechte derselben, andere sprachrichtigere und unschädlichere Benennungen wählen und gebrauchen, nicht aber die von Indigenat, Indigenis, IndigenatsRechten und Verleihungen f). Alles das nämliche gilt von dem Ausdruck: Eingeborne, in so ferne derselbe etwas anders, als im Lande geborne, kunstmäßig hat bedeuten, und die Mitglieder einer gewissen Societät die einige eigene Rechte habe, zum Unterschied von allen übrigen Landständen hat bezeichnen sollen, welche nicht dazu gehören, wenn sie gleich sonst wirklich im Lande geboren sind. Hiernach hat sich also ein Jeder zu richten, und werden Wir auf die genaue Beobachtung davon gehörig vigiliren lassen.

U 3

Wenn

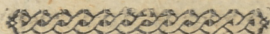
e) Eichtlich bezieht sich diese Macht und Pflicht auf die Landesfürstliche Erklärung und Zusage im 140. §. des LandesVergleichs:

„daß die Eingeseffenen von Ritter- und Landschaft in Unsren Herzogthümern Schwerin und Güstrow — in einer unverrücklichen Gleichheit an Rechten, Privilegien und Gerechtigkeiten bestehen und gelassen werden — — — mithin in solcher Gleichheit und Gemeinschaft — — an den Landtagen — — nicht weniger an den LandesKlöstern — — — folglich an allen andern Rechten, Vorzügen und Freiheiten, einander — — zu vertreten und beizustehen haben sollen und mögen.“

verbunden mit dem §. 525:

„Gestalt Wir dieses alles hiemit nochmals für Uns und Unsere fürstliche Erben und Nachkommende Reg. H. J. M. bei fürstlichen Ehren, Würden, wahren Worten und Glauben, stet, fest und unverbrüchlich zusagen und versichern, mithin weder Selbst, noch durch die Unsrigen dawider handeln, noch weniger, daß sonst jemand anders dagegen etwas unternehme, auf einige Weise verhängen, gestatten oder geschehen lassen wollen.“

f) Wolfs Repertorium über alle (Meckl.) LandesAngelegenheiten, unter der Rubrik: Indigenat, S. 184 ff.



Wenn nur eine Anzahl von Personen, bestehend aus den Abkömmlingen der ersten adelichen Familien in Unfern Landen g), und denen welche sie für Geld unter sich aufgenommen haben, behauptet, in einer gewissen gesellschaftlichen Verbindung und Uebung von etlichen erworbenen Iuribus, zu stehen; So kann euch im Ganzen unmöglich unbekannt seyn, daß in keinem Staate sich, ohne Vorwissen und Genehmigung der Landesherrschafft, irgend eine Societät aufwerfen und, auf einmal oder nach und nach, formiren kann, welche in Complexu Handlungen ausübe, die sich ins Publicum erferiren, viel minder solche, die in den statum publicum des Landes wichtigen Einfluß haben und in der ganzen bis dahin gewesenen grundgesetzlichen LandesVerfassung Aenderung machen. Und ihr möget von den prätendirten Rechten sagen was ihr wollet, um zu behaupten, daß sie der Landeshoheit nicht im Wege wären; So könnet ihr doch nimmermehr dieses verleugnen: daß es nicht einerlei Verfassung ist, ob so, wie das Gesetz sagt, alle Landstände, oder so wie ihr es wollt nur etwa die Hälfte davon fähig ist, zu öffentlichen LandesAemtern, zu Repräsentanten des ganzen Corps der Landstände gewählt zu werden? h) und daß es dem Landes-

g) Diese mögten im buchstäblichen Verstande sehr sparsam anzutreffen seyn. Eingeborne oder Indigenae nennen sich vielmehr selbst nur: „diejenigen von Adel, deren Familien Anno 1572 schon in Mecklenburg mit einem Landgute ansässig gewesen sind,“ (v. Slotow, a. a. D. S. 22. Wolfs Repertorium S. 185.)

h) „Daß alle LandesBedienungen (d. i. zum wenigsten die KlosterProvisoren, KlosterHauptmänner und Ritterschaftliche Deputirte zum EngernAuschuß, nur allein) aus der Ritterschaft vom alten eingebornen Adel genommen und gewählt werden,“ (von Slotow, a. a. D. S. 23) ist weder in irgend einem der Gesetze, welche die Wahl und Bestellung der KlosterBeamten und der Mitglieder des EngernAuschusses bestimmen, noch in einem rechtsverbindlichen Herkommen begründet. Erstere, die Reversalen und der LandesVergleich, schweigen von den Eigenschaften der Wahlfähigkeit gänzlich und setzen dabei nichts weiter, als Eingeseffene der Ritter- und Landschaft voraus. Der Begriff einer Observanz im rechtlichen Sinn des Wortes, ist aber auf willkürliche und vielleicht nie widersprochene Wahlen, nach der Natur der Sache, in so ferne nicht anwendbar, daß dadurch alle nicht gewählte und alle mit ihnen in gleichen Verhältnissen stehende zu ewigen Zeiten für ausgeschlossen geachtet werden könnten. Wenn gleich zu gedachten Bedienungen, seit ihrer Entstehung keine andre, als eingeborne von Adel gewählt wurden; so waren solche respectiven Wahlen zwar für die damaligen Fälle, so wie für die damals gewählten und übergangenen Personen verbindlich; Nie aber wurden sie für alle künftige Fälle, oder für alle übrige nicht recipirte und nicht adliche Eingeseffene, weder derselben noch aller folgenden Zeiten, zur unabweichlichen Richtschnur, stillschweigend oder ausdrücklich, am wenigsten für die nachkommenden Fremden, angenommen, die doch gewis nicht Erben der vorhin ausgeschlossenen Eingeseffenen waren, folglich deren Thun oder Lassen nicht anerkennen dürfen. Dazu gehöret bekanntlich etwas mehreres, als eine noch so lange Reihe gleichartiger Vorgänge! „In facto wird es zwar meistens so gehalten, „als



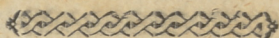
Landesfürsten, welcher die Klöster für alle einländische Jungfrauen 1), bis auf das, was von

„als wenn ein solches Indigenat-Recht vorhanden wäre; woraus aber freilich für die „Rechtmäßigkeit selbst nichts gefolgt, oder auch nur ein ruhiger Besitz daraus „abgeleitet werden kann.“ (Sagemeisters Einleitung in das Mecklenburgische Staats-Recht, S. 47.)

Gesetzt auch, man hätte in den ersten Zeiten nach Ueberweisung der Landesklöster (1572) oder nach Errichtung des Engern-Ausschusses (1621) den damaligen wenigen bürgerlichen oder fremden Gutsbesitzern nicht so viele Kenntnisse, oder nicht so viel Patriotismus zugetrauet, um jene Bedienungen mit Ruhm und Nutzen für das gemeine Beste zu verwalten; so wurde doch igt, da beide letztern Classen die Mehrheit auf ihrer Seite haben, (Anmerk. d) also ein überwiegendes Interesse an dem gemeinen Besten nehmen, eine solche Vermuthung, folglich auch ein solcher Grund ihrer Ausschließung wegfällen. In dessen Ermangelung, aber würde es einen, mit unsrer Landes-Verfassung ganz unvereinbarlichen Aristocratismus, eine empörende Ungleichheit mit sich führen: daß diejenigen, welche sowohl nach der Zahl der Individuen, als der Haupt-Güter, den größeren Theil ausmachen, zwar alle gemeinschaftliche Lasten und Ausgaben ohne Unterschied pro rata tragen, aber von allen gemeinsamen Vortheilen der Ehre und des Nutzens ausgeschlossen seyn, hingegen von der minderen Zahl derjenigen repräsentirt werden sollen, denen sie so wenig an landständischen oder gutherrlichen Rechten und Obliegenheiten, als an persönlichem Rang, Vermögen oder Talenten, weder an Kenntnissen noch an Patriotismus nachstehen dürfen!

- 1) „Zum Vierten überweisen Wir Unserer Landschaft die drei Jungfrauen-Klöster Dobbertin, Ribnitz und Malchau dergestalt: daß sie zu christlicher ehrbarer Aufzuehung der einländischen Jungfrauen, so sich darinn zu begeben Lust hätten, angewandt und gebracht werden.“ (Reversalen der H. Joh. Albrecht und Ulrich z. M. vom 2. Jul. 1572, Art. IV.)

Nicht also bloß den damals im Lande mit Gütern angeesehenen adlichen Familien, sondern der ganzen Landschaft (d. h. nach dem derzeitigen Sprachgebrauch, dem gesammten Corps der Eingesehenen der Ritterschaft und Städte) wurden die drei Klöster überlassen, (Lustif. Decisiones Imper. in c. Mecl. p. 99.): Nicht etwa, um die Töchter der damaligen adlichen Gutsbesitzer und deren Descendenten, sie mochten im Lande ansässig bleiben oder nicht, (mithin ohne fernere Rücksicht auf ihre Ansässigkeit) sondern nur um einländische Jungfrauen darinn aufzunehmen, die zu ihrer Receptionsfähigkeit nicht Ahnen aufzuweisen, sondern nur Lust haben durften. Oder war vielleicht der Sprachgebrauch unsrer Vorfahren so sparsam mit dem Jungfrauen-Titel, daß nur adliche Töchter damit bezeichnet wurden? (von Slotow a. a. O. S. 63.) Nicht doch! das Gegentheil bezeuget der fast gleichzeitige Rostocker Erb-Vertrag 1584, bei einer völlig gleichen Veranlassung, S. 31.: „Ferner soll das Kloster zum heil. Kreuze zu christlicher Aufzuehung



von bürgerlichen Klosterplätzen specialiter anderswohin verglichen ist k) bestimmt und hingegeben hat, nicht gleichgültig und duldbar bleiben könne, wenn ein Theil der Landstände, und

ziehung und Erhaltung einländischer Jungfrauen, vom Adel und Bürgerkinder, und zu nirgend anders, gebraucht werden.“

Noch deutlicher erklären die Landesherren ihre Absicht, wenn Sie die drei Klöster eigentlich zugebacht hatten, in den Eingangsworten des AffecurationsReverses vom 4. Jul. 1572:

„Nachdem Unsre liebe getreue Unterthanen aller Stände — — sich aus unterthäniger Zuneigung, Treue und Liebe, so sie gegen Uns, als ihre Erbherren und Landesfürsten, tragen, und daß Wir Ihnen die drei zugesagte Klöster Dobbertin, Ribnitz und Malchow — — eingeräumt und übergeben — — zu Abhelfung Unserer obliegenden Schulden, unterthänig bewilliget, zugesagt und versprochen, 400000 Gulden igt gangbarer Münze, zu erlegen — — — — Daß Wir demnach ic.“

In dieser authentischen Declaration liegt der goldne Schlüssel zu dem ganzen Geheimnis. Haben denn nur allein die damals in Mecklenburg mit Landgütern angeessenen adelichen Familien die, als Preis der Klöster angeschlagenen, 400000 fl. (von Slotow, a. a. O. S. 65.) aus ihrem AllodialVermögen zusammengebracht?

Das Gegentheil versichert uns das ContributionsEdict zur Aufbringung der bewilligten Summe vom 1. Nov. desselben Jahrs: daß „dieser Unserer, mit gemeiner Landschaft getroffenen, beliebten und bewilligten Verordnung von allen Unsern Unterthanen, hohes und niedriges, geistliches und weltliches Standes, mit Erlegung eines ieglichen Gebühr, Hülfe und Antheil, Folge geschehe.“

(Feststehender Grund der Ritterschaftlichen Steuerfreiheit, XXXVII. Beil. S. 31.)

Oder sollten sich die gesetzlichen Wirkungen jenes geheiligten LandesGrundgesetzes nur auf die Personen und Descendenten des damals ansässigen Adels beschränken?

Nein, nicht diesem, sondern

„gedachter Unserer getreuen Landschaft,“ sagen die Herzoge im Eingange der Reversalen, wurden alle diese gnädigen Erbietungen und Erklärungen (also auch die im IV. Artikel) ausgestellt. Von selbst folgt hieraus: daß diejenigen, welche angehört haben, Mitglieder der Mecklenburgischen Landschaft zu seyn, d. h. nicht mehr mit ritterschaftlichen eigenthümlichen Gütern oder städtischen Grundstücken im Lande angeessen sind, auf die Reversalen keine weitere Ansprüche machen, mithin auch auf deren IV. Artikel ihren Töchtern keine zurücklassen können; hingegen alle, welche im obigen Sinn zur Ritter- und Landschaft gehören, gleiches Recht auf die Erfüllung des IV. Artikels der Reversalen haben. Man vergleiche mit dieser grundgesetzlichen Folgerung das igtige Personale unserer Landesklöster (StaatsKalender 1793, I. Th. S. 124 — 128.) !!!

k) Ohne Zweifel sind hiermit die im 124. und 125. §. des LandesVergleichs angezogenen und zum Theil erweiterten Vergleiche der Städte mit der Ritterschaft, wegen



und das nicht einmal, sondern wenn gewisse adeliche Familien, sich dieselbe allein zueignen 1), ja sogar das Recht anmaassen wollen, die Fähigkeit dazu, die die Landschaft doch selbst nur aus den Händen des Fürsten hat, ohne dessen Vorwissen andern für sich und ihre Erben weiter zu verkaufen. Und gleichermaassen müßet ihr einsehen, wenn ihr nur wollet: daß weder bei Unserer Lande kundbarer Verfassung, noch bei dem klaren Buchstab des Landesvergleichs, sich ein sogenannter LandesGebrauch denken lasse, welcher einige Familien ermächtigte, den uns mit Huldigungs- und LehnsPlichten zugethanen Landbegüterten die Befugnisse ihrer Landstandschafft und ihres Gutsbesizes, ohne Landesfürstliches Vorwissen und Bewilligung, irgend wohin erklären, erweitern oder beschränken,

zu

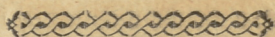
wegen der Städtischen Theilhabung an den Klöstern, gemeinet; „Wogegen sich die Städte verbindlich machten, daß sie ferner und zu ewigen Zeiten unter keinerlei Vorwand, mehrere Stellen in allen dreien Klöstern, es mögen dieselben vermehrt oder verbessert werden, verlangen, noch sich sonstige Jura, als sie bisher exerciret, anmaassen — — wollen.“

Daß alle diese Vergleiche nur allein für die Nachscenten selbst, folglich höchstens nur für die Mitglieder der Städtischen Commünen, insoferne diese, durch ihre Repräsentanten, die respectiven StadtObrigkeiten oder etwa die vorderstädtischen Magistrate, zur Vereinbarung bevollmächtigt haben, gesetzliche Kraft haben; nicht aber die eximirten StadtEinwohner bürgerlichen Standes, noch weniger die nicht adlichen ritterschaftlichen Gutsbesitzer, da diese wie jene, überall nicht dabei gefragt sind, rechtlich verbinden können; sondern daß beiden, als tertius inauditus, und deren Nachtern alle Reversalmässige Ansprüche an den LandesKlöstern dadurch unbenommen bleiben, bedarf kaum einer Erinnerung, sondern versteht sich, der Natur der Sache nach, von selbst!

- 1) Die Herzogliche Revidirte Ordnung der JungfernKlöster Dobbertin, Ribnitz und Malchow, vom Jahre 1610, die sich übrigens nur mit dem Gottesdienste und andern christlichen Uebungen der Conventualen und andern eingebörigen Klosterpersonen beschäftigt, und auf deren Beobachtung noch izt alle KlosterProvisoren in ihren Bestättigungen von der LandesHerrschaft verpflichtet werden, überläßt Art. XX. die Aufnahme neuer Conventualinnen, an die Stelle der verstorbenen oder wegziehenden Jungfrauen, zwar den Provisoren, doch mit dem Zusatz: daß „daraus keine ErbsGerechtigkeit, wie es die Jungfrauen in etlichen Klöstern fürhaben, gemacht werden“ soll.

Was hier den KlosterJungfrauen nicht gestattet ist, Vererbung der Stellen auf ihre Verwandten, (denn an Descendenten konnte bei ihnen nicht gedacht werden) dürfen sich ihre Familien im Lande eben so wenig anmaassen, als überhaupt die Absicht einer erblichen Beschränkung auf gewisse adliche Familien aus diesem Gesetze hervorleuchtet.

B



zu dürfen; Daß vielmehr alles, was hierunter, der Verfassungs- und Erbvergleichsmäßigen Gleichheit und Gemeinschaft der Landbegüterten m) entgegen, ohne unsere Wissenschaft und Gestattung, mit oder ohne ausdrückliche oder stillschweigende Einwilligung der übrigen, etwa unternommen seyn mag, niemals als rechtsgültig oder verbindlich angesehen werden könne.

Doch dieses mit seinen Folgen bei Seite; bis dahin, daß Wir über das eigentliche Wesen der vorgeblichen Societät noch völliger unterrichtet sind.

Da nun nicht mehr von einem Indigenat einiger Landstände vor andern die Rede ist, sondern von einer besondern Gesellschaft, die Rechte erworben und zu üben haben will; So muß euch einleuchten: daß Landstandtschaft und diese Societät gar nichts mit einander zu thun haben, sondern unabhängig von einander sind; daß mithin, wenn ein oder anderer von Unserer Ritterschaft zugleich ein Mitglied solcher Societät ist, er duplicem personam an sich habe, und daß es äußerster und ganz unduldbarer Mißbrauch sei, diese doppelte Person zu vermischen, und in der einen Qualität das zu thun, was er allenfalls in der andern thun könnte.

Nur der gesammten Anzahl der Landbegüterten, welcher Geburt sie auch seyn mögen, oder der ganzen Ritterschaft, nicht aber der vorgeblichen, von Unsern Vorfahren und Uns nicht gekannten Societät, sind gemeinsame Landtage, Convente, Repräsentanten und ein Engerer Ausschuß gegeben. Zu dem allen also gehören augenscheinlich diejenigen Leute, welche gewisse nicht landständische Rechte erworben haben und üben wollen, als solche nicht hin, und haben keinen Theil daran. Und was dem entgegen bisweilen höchstmißbräuchlich geschehen seyn mag, darf nie wieder geschehen. Alle und jede Unserer Landstände haben an den Landtagen und dem was darauf verhandelt wird, n) und an dem Engern Ausschuß o) und seinen Einrichtungen, gleichen Antheil. Mithin wollen Wir, nachdem nun an IndigenatsBehauptungen nicht weiter zu denken ist, auch ihr in eurer und der für eigen angenommenen Schrift den prätendirten einzelnen Rechten die Befugnis, die Landes-Officianten auch allein zu wählen, selbst nicht bei.

m) S. Anmerk. e)

n) „Gestalt dem zufolge alle und jede eingeseßene Landstände aller drei Kreise zu den Landtagen durch landesfürstliche Ausschreiben berufen und auf den Landtagen, dem Herkommen gemäß, bei den darauf vorkommenden Handlungen ungehindert Stand und Stimme haben, und behalten sollen.“ (LandesVergleich, S. 147.)

o) „Diesem Engeren Ausschuß soll hiemit der Begriff und das Recht eines die gesammte Ritter- und Landschaft vorstellenden Collegii — — beigelegt und bestätigt seyn, um die Ritter- und Landschaftlichen Angelegenheiten an und bei Uns, folglich inn- und außerhalb Landes zu besorgen.“ (LandesVergleich, S. 178.)



beizählet, sondern der Societät bloß das Gewählet werden allein zueignen wollet, hinfür nicht weiter erwarten, daß die Mitglieder solcher Gesellschaft sich, wie zu Unserm Erstaunen wol eher gewagt ist, wieder einfallen lassen werden, auf dem Landtage irgend etwas ohne Zuziehung aller versammelten Landstände, zu unternehmen, ihre Beschlüsse in die Reihe gemeiner LandesBeschlüsse zu stellen, dazu die LandtagsProtocolle zu misbrauchen, und einen großen Theil Unserer Vasallen von landtägigen Deliberationen auszuschließen; vielmehr werden Wir Diese — von denen Wir ebenmäßig hinfür eine so indolente Fahrlässigkeit in ihren Landständischen Rechten und Pflichten, als die ist, sich von einigen ihrer Mitbrüder eigenmächtig zurückweisen zu lassen, nicht weiter erwarten wollen — insgesammt, und jeden einzelnen darunter, allezeit mit Landesherrlichem Nachdruck bei ihrer gleichen Concurrenz und ihrem Stimmrechte zu allem, was auf den Landtagen vorkommt, zu schützen wissen, auch nichts für ein LandtagsProtocol gelten lassen, was nicht unter der ganzen versammelten Ritter- und Landschaft, sondern etwan in einer Conferenz der SocietätsMitglieder, abgehalten ist.

Euch, die Landrätthe und Deputirte Unserer Ritterschaft zum EngernAuschuß, erinnern Wir hiermit ernstlich: eurer Bestimmung, und des Zwecks von eurem Daseyn hinfür besser eingedenk zu seyn, und desfalls den 7ten Artikel des Landesvergleichs, insbesondere die S. S. 178. und 190. jederzeit vor Augen zu haben, nach welchen ihr von Unsern Vorfahren und Uns bloß verordnet seid: die

gesammte Ritter- und Landschaft,

nicht aber einige adeliche Familien, vorzustellen, und zwar bloß:

um die ritter- und landschaftlichen Angelegenheiten,

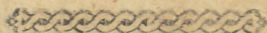
mithin nicht die einer sich aufgeworfenen Societät

an und bei Uns zu besorgen:

dergestalt, daß, was ihr in LandesSachen Instructionsmäßig vornehmet und ausrichtet, also,

als geschehe es von Ritter- und Landschaft selbst,

angesehen und gehalten werden soll. Daraus folget evidentermaaßen: daß es höchste Ungebühr sey, wenn ihr daher, daß eure Personen gerade auch zu der vorgeblichen Societät sich rechnen, Veranlassung nehmet, nicht die gemeinsamen Angelegenheiten der gesammten Ritterschaft, sondern die der Societät, die doch den mehreren unter jener entgegen sind, zu besorgen, und also unter der Ritterschaft für einen Theil gegen den andern Parthei zu nehmen und zu machen, dadurch auch die intendirte Unterdrückung derjenigen, vor welchen ihr persönliche, doch bestrittene Vorzüge zu haben glaubet, deren Repräsentanten und Geschäftsträger ihr aber völlig eben so, als der übrigen seid und seyn sollet, zu begünstigen und, zu erleichtern, mithin euer Officium zu PrivatAbsichten zu gebrauchen. Da die NichtMitglieder der vermeinten Societät aus dem LandesVergleich gerade eben



so viel Recht besitzen, Repräsentanten und einen EngernAuschuß zu haben, und in dem Betrachte noch mehr, da ihre Anzahl die größere ist; So müssen sie entweder ihren eigenen zweiten EngernAuschuß haben, oder auch, da dieses nicht gestattet werden kann, p) müßet ihr ihnen, so wie den andern, gemein bleiben, und euch nicht von dem Platze des, die sämmtlichen Landstände vorstellenden Collegii, auf den Platz der Geschäftsträger von andern gegen jene, herabsitzen lassen.

Wir erlassen daher das gegenwärtige Rescript keinesweges an euch, als wenn ihr Bevollmächtigte solcher Societät wäret, sondern als an den EngernAuschuß Unserer gesammten eingeseßenen Ritterschaft; und Wir befehlen euch: dasselbe allen Mitgliedern derselben ohne Ausnahme gehörig mitzutheilen, damit ein jeder wisse, wornach er sich auf Landtagen und sonst zu verhalten habe. Und so wie Wir fortan von euch dergleichen Trennung des gemeinsamen Interesse der Ritterschaft, und solche Partheinehmung für einen Theil gegen den andern, schlechterdings nicht weiter erwarten q). So haben hingegen diejenigen, welche sich zu der Societät rechnen und obgedachte Rechte haben wollen, einen oder mehr andere Bevollmächtigte zu wählen, und zu ihren etwanigen Vorträgen an Uns gehörig zu legitimiren, wie denn dieses die übrigen Mitglieder der Ritterschaft ihrer Seits ebenmäßig thun müssen.

Wir bestimmen übrigens hiermit eine Zeit von zwei Monaten, binnen welchen alle diejenigen Personen, welche sich zu der vorgeblichen Societät rechnen, und an fortgesetzter Behauptung deren Rechte Theil nehmen wollen, sich nachtrags machen, vorge dachte Bevollmächtigte ernennen und durch selbige, in genauerer Befolgung Unsers hiebevorigen Rescripts, Uns sämmtliche Regeln ihrer Gesellschaft und die Weise der Rechtfertigung von deren Existenz, so wie von jeder einzelnen der vorgedachten Befugnisse, vollständig vorlegen sollen, damit Wir solches alles noch gründlicher prüfen, und nach Befinden die, zu Erhaltung der LandesVerfassung und Manutemirung
des

p) Doch liesse sich noch ein tertium gedenken: wenn nämlich künftige Glieder des EngerenAus- schusses aus der eingebornen oder recipirten Ritterschaft das Vertrauen ihrer nicht recipirten und nicht adlichen Committenten so weit verlieren könnten, daß diese, nach der ihnen, als dem mehreren Theile der Ritterschaft, (aus dem 177. J. des LandesVergleichs) zustehenden Befugnis, die Anzahl der bisherigen drei Ritterschaftlichen Deputirten zum EngernAuschuß, aus ihrem eigenen Schooße (Anmerk. h) am Ende) „nach Gelegenheit der Umstände, mithin nach Gutfinden, jedoch auf ihre Kosten zu vermehren“ sich entschließen mußten.

q) Eben dieses gilt, wie sich von selbst versteht, aus gleichem Grunde auch von dem Ritter- und landchaftlichen Syndicus und andern LandesBedienten, da sie nicht von dem eingebornen und recipirten Adel allein, sondern auch von dem größeren Theil der übrigen ritterschaftlichen Eingeseßenen ihre Besoldungen erhalten, folglich nicht gegen die letzteren mit Rath oder That Dienste leisten können.

des LandesVergleichs, zugleich aber auch zu Conservirung der erworbenen Rechte eines jeden, nöthigenfalls gebührenden Beschließungen landesherrlich nehmen können. Dieses habet ihr gleichmäßig allen sich zu der Societät rechnenden Mitgliedern zu eröffnen, und wie solches geschehen, an Uns unterthänigst zu berichten.

Wir verbleiben euch mit Gnaden gewogen. Gegeben zu Schwerin den 18. November 1793.

Friedrich, Franz, H. v. M.

St. W. von Dömitz.

An den EngernAuschuß der Ritterschaft.

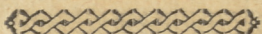
SchlussBemerkung.

Zusatz zu Anmerkung 1).

Ueber die Frage: Wenn die Landesherren die drei Klöster zugebacht haben? kann gar kein Zweifel übrig seyn, wenn man dem Gange dieser Absicht von ihrer ersten Fassung an nachspüret. In dem Bismarschen fürstbrüderlichen TheilungsVergleich, (1555) der doch unter Vermittelung der Mecklenburgischen LandRäthe zum Stande kam, war eben so wenig, als in den vorher von diesen vermittelten Boizenburgischen und Ruppinschen TheilungsHandlungen, von der Reservation irgend eines Klosters zum Besten der Landschaft die Rede, sondern überhaupt verwillkühret: daß „die Bestellung und Unterhaltung des KirchenRegiments, Consistorii, Visitation, Schulen und Hospitalien und derselben Personen von den Nutzungen und Einkünften der geistlichen Güter des Herzogthums Mecklenburg geschehen und nothdürftig verordnet und verwidmet werden“ sollte.

Nur in dem Ruppinschen Nachspruche des Kurf. Joachims von Brandenburg, (1556) worinn die gleiche Theilung aller Klöster und Komthureien unter beiden Herzogen, mit Anweisung einer jährlichen runden Summe zu den vorhin gedachten geistlichen Bedürfnissen, ebenfalls unter Zugiehung der Mecklenburgischen LandRäthe, beliebt wurde, findet man zuerst (vermuthlich um die vorangesehenen Schwierigkeiten einer völlig gleichen Theilung zu vermindern) die Ausnahme:

„Darnach sollen die folgenden drei Klöster, nämlich: das Neukloster, Ivenack und Döbberlin vor die Jungfrauen beider Stände gelassen werden.“



Das bezeichnet doch wohl kenntlich genug Ritterschaft und Städte? (Gerdes nützliche Sammlungen 2c. S. 181, 202.)

Auch war wohl Niemand mehr befugt, als die damals regierenden Landesherren, zu bestimmen: Wo und in welchem Maaße Sie bei diesen oder jenen Klöstern ihres Reformations-Rechts sich enthalten wollten? mithin zu welchen Zwecken und zu wessen Besten selbige künftig verwendet werden sollten? da nur Ihre Vorfahren die Klöster gestiftet und aus Ihrem Domaniel-Eigenthum dotirt hatten. (Man sehe z. B. die Fundations-Acten der Klöster Döbberin und Ribnitz von 1237 und 1329 in Rudloff. Cod. dipl. hist. Megapol. p. 79, 367 = 387 und von Malchow in Schröders papist. Meckl. ad a. 1298, S. 845, 2985 sq. nebst mehreren späteren landesherrlichen Schenkungs- und Gnadenbriefen, ebenda selbst.)

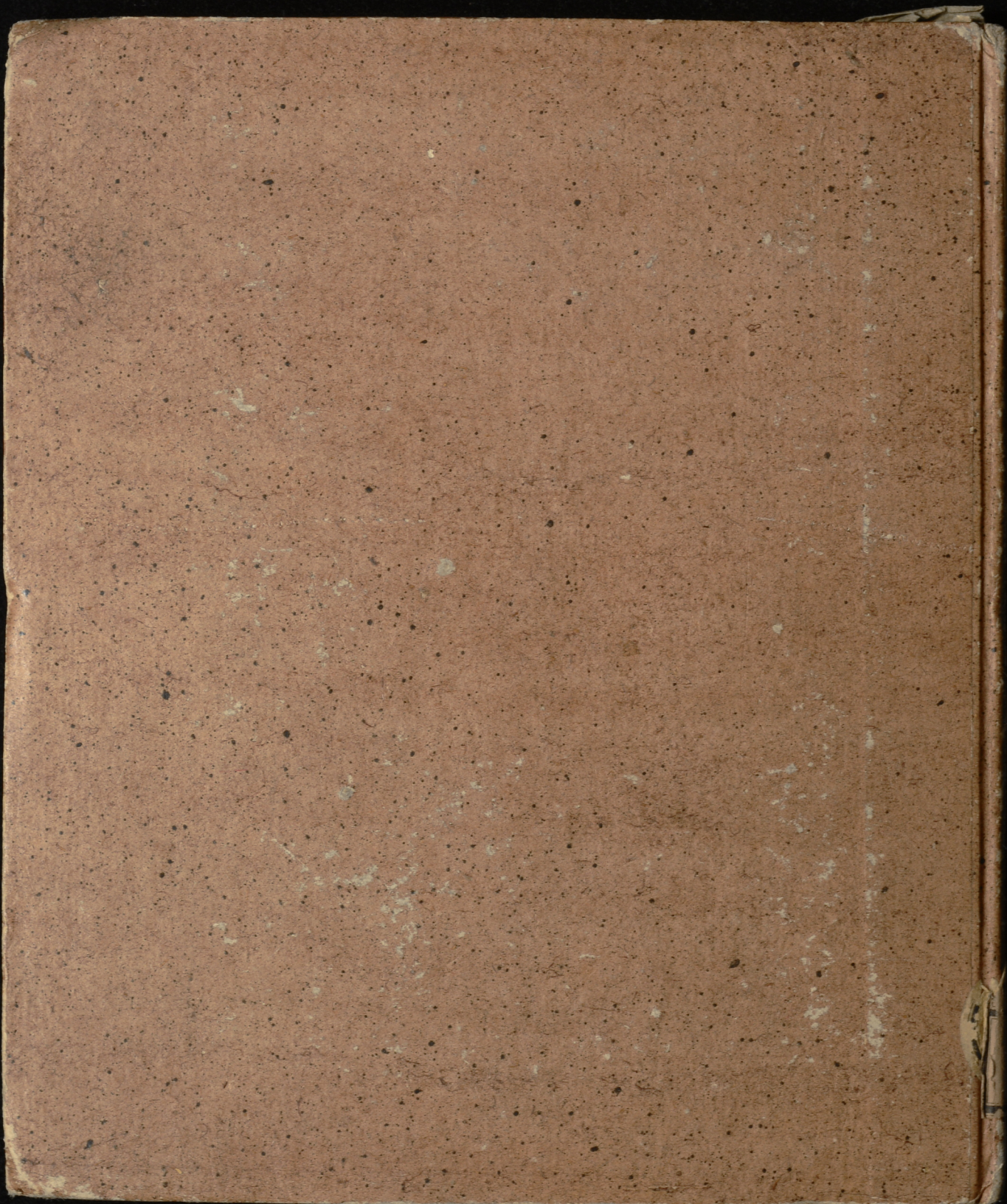
Eine ausgezeichnete Bestimmung der Klöster,

„zur Erhaltung der alten adelichen Familien“

kann ich (mit Hrn. von Stotow, a. a. O. S. 60) in dem landesherrlichen Revers vom 25. Sept. 1561. (in Frank's A. und N. Meckl. X. B. S. 92) nicht finden, wohl aber dieses: daß auch die damals bewilligte fürstliche Schuldentilgung „von der Ritterschaft und Landstädten, neben andern allen LandesEingeseffenen geistliches und weltliches Standes, keinen ausgeschlossen,“

zu bezahlen versprochen worden; gleichwie eben dieses bei der spätern Schuldbezahlung (1572) ausdrücklich zur Bedingung gemacht wurde. (AffsecurationsRevers vom 4. Jul. 1572.)





ergleichs, zugleich aber auch zu Conservirung der erworbenen Rechte
 nöthigenfalls gebührenden Beschließungen landesherrlich nehmen können.
 Ihr gleichmäßig allen sich zu der Societät rechnenden Mitgliedern zu er-
 laube solches geschehen, an Uns unterthänigst zu berichten.

leiben euch mit Gnaden gewogen. Gegeben zu Schwerin den 18. No-

Friedrich, Franz, H. i. M.

St. W. von Dömitz.

ernAuschuß der Ritterschaft.

Schluss Bemerkung.

Zusatz zu Anmerkung i).

age: Wenn die Landesherren die drei Klöster zugebacht haben? kann gar
 sel übrig fern, wenn man dem Gange dieser Absicht von ihrer ersten
 nachspüret. In dem Wismarschen fürstbrüderlichen TheilungsVergleich,
 er doch unter Vermittelung der Mecklenburgischen LandRäthe zum Stande
 eben so wenig, als in den vorher von diesen vermittelten Boizenburgi-
 Muppinschen TheilungsHandlungen, von der Reservation irgend eines Klo-
 Besten der Landschaft die Rede, sondern überhaupt verwillkühret: daß
 lung und Unterhaltung des KirchenRegiments, Consistorii, Visitation,
 d Hospitalien und derselben Personen von den Nutzungen und Ein-
 der geistlichen Güter des Herzogthums Mecklenburg geschehen und
 verordnet und verwidmet werden“ sollte.

dem Muppinschen Nachspruche des Kurf. Joachims von Brandenburg,
 vorinn die gleiche Theilung aller Klöster und Komthureien unter beiden
 mit Anweisung einer jährlichen runden Summe zu den vorhin gedachten
 Bedürfnissen, ebenfalls unter Zuziehung der Mecklenburgischen LandRäthe,
 de, findet man zuerst (vermuthlich um die vorausgesehenen Schwierigkei-
 möglich gleichen Theilung zu vermindern) die Ausnahme:

ollen die folgenden drei Klöster, nämlich: das Neukloster, Ivenack und
 vor die Jungfrauen beider Stände gelassen werden.“

B 3

Das